

## **N i e d e r s c h r i f t**

über die **öffentliche** Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 24. April 2017**, im Großen Sitzungssaal des Landratsamts Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz.

**Beginn: 14:00 Uhr**

**Ende: 15:30 Uhr**

### **TAGESORDNUNG**

<b>TOP</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Drucksache-Nr.</b>
1.	<b>Situation „Bildungspolitische Integration von Flüchtlingen“;</b> Bericht der Bildungskordinatoren; Antrag der CDU-Fraktion	<b>2017/086</b>
2.	<b>Sozialleistungsbericht 2016</b>	<b>2017/080</b>
3.	<b>Arbeitswelt 4.0;</b> Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Febr. 2017	<b>2017/090</b>
4.	<b>Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche</b>	
4.1.	<b>Zukunft der Pflegeausbildung im Landkreis Konstanz;</b> Antrag der CDU-Fraktion	
4.2.	<b>Nichtärztlicher psychosozialer Krisendienst;</b> Antrag der CDU-Fraktion	

### **Vorsitzender**

**Engelhardt**, Udo (als Vertreter für den entschuldigten **Hämmerle**, Frank, Vorsitzender und Landrat)

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

**Bodman**, Johannes, Freiherr von

**Both**, Hubertus, Dr.

**Brennenstuhl**, Heinz

**Demmler**, Kurt

**Faden**, Jürgen

**Häusler**, Bernd

**Happle-Lung**, Ines

**Herberger**, Veronika

**Hirschle**, Franz

**Hoffmann**, Andreas

**Keck**, Jürgen, MdL

**Koch**, Hans-Peter

**Repnik**, Hermann (bis 15:15 Uhr)

**Sarikas**, Zahide

**Storz**, Hans-Peter

**Volz**, Tobias

### **Beratende Mitglieder**

**Eberwein**, Bernd, Dr.

**Grams**, Christian

**Heintschel**, Wolfgang (als Vertreter für den entschuldigten **Ehret**, Matthias)

**Zedler**, Reinhard

### **Als Gäste anwesende Kreisräte**

**Baumgartner**, Dietmar (TOP 1 – bis 14:55 Uhr)

**Hänßler**, Peter (TOP 1 – bis 14:55 Uhr)

**Müller-Fehrenbach**, Wolfgang

**Zähringer**, Markus (TOP 1 – bis 15:00 Uhr)

### **Entschuldigt**

**Czajor**, Marion

**Ehret**, Matthias

**Wehinger**, Dorothea, MdL

**Zoll**, Wolfgang, Dr.

### **Verwaltung**

**Goßner**, Axel

**Ammon**, Oswald (Behindertenbeauftragter des Landkreises)

**Brumm**, Monika (TOP 1)

**Evoyan**, Narine (TOP 1)

**Mende**, Susanne

**Rueß**, Anita (TOP 1)

**Sievers**, Lennart (TOP 3)

### **Protokoll**

**Hoffmann**, Vera

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die als Gäste anwesenden Kreisrätinnen und Kreisräte.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

## 1. **Situation „Bildungspolitische Integration von Flüchtlingen“;**

### **Bericht der Bildungskoordinatoren;**

#### **Antrag der CDU-Fraktion**

Herr **Goßner** führt in den Sachverhalt ein.

Frau **Evoyan** und Frau **Rueß** stellen den Sachverhalt anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

#### **Kreisrat Müller-Fehrenbach**

Herzlichen Dank für den Vortrag und die schriftliche Beantwortung der Fragen in der Sitzungsvorlage. Die Darstellung macht deutlich, dass sich die Mitarbeiterinnen bereits intensiv in das Sachgebiet eingearbeitet haben und Erfahrungen mitbringen. Diese Art der Aufgabenbewältigung hinterlässt einen ausgezeichneten Eindruck.

Anlass des damaligen Antrages im Jahr 2016 waren große Unklarheiten in der Öffentlichkeit zu diesem Thema. Dort war die Rede von Missständen und Unklarheiten in Bezug auf die Zuständigkeiten, was zur Einrichtung dieser beiden Koordinationsstellen führte. Auf diesem Weg kann man die damaligen Problematiken in den Griff bekommen.

Die von der CDU-Fraktion gestellten Fragen wurden gut beantwortet. Die Antworten beziehen sich aber größtenteils auf den Bereich der allgemeinbildenden Schulen. Es wäre gut zu wissen, ob hierfür vom Ministerium ausreichend Lehrerstunden zur Verfügung gestellt werden.

In Bezug auf die bisherige Unklarheit der Zuständigkeiten wird angefragt, ob die Verwaltung jetzt eine Übersicht über alle Anbieter von Leistungen für Flüchtlinge hat?

Gibt es Auskünfte darüber, wie viele Schüler die Leistungsanbieter wie bspw. die VHS unterrichten, welche Qualitäten angeboten werden und welche Prüfungen abgenommen werden können? Gibt es auch Regelungen dazu, wie zu verfahren ist, wenn Kurse mit einer hohen Teilnehmerzahl begonnen werden und nach und nach von immer weniger Teilnehmern besucht werden? Besteht eine Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit?

Ist die im Vortrag dargestellte Theorie mit der Praxis vereinbar? Was wird unternommen, wenn es in der Praxis nicht so läuft, wie es laufen soll?

Kann eingeschätzt werden, wie viele Flüchtlinge prozentual gesehen nach einem Sprachkurs eine Berufsausbildung oder sogar ein Studium aufnehmen können?

Hat der Landkreis realistische Chancen, mit seinen Maßnahmen etwas zu bewirken, insbesondere etwas zur Integration und Leistungsfähigkeit beitragen zu können?

Werden die Zuschüsse des Landkreises sinnvoll eingesetzt?

#### **Frau Brumm**

Die Jugendlichen sind in der Regel schulpflichtig. Der Sozialdienst legt hohen Wert darauf, dass diese Pflicht auch wahrgenommen wird und jeder Jugendliche eine Schule besucht. Kürzlich lag ein Fall vor, bei dem ein Schulbesuch nicht mehr möglich war. Dafür wurde aber eine Lösung gefunden, sodass dieser Schüler mittlerweile eine andere Schule besuchen kann. Die Verantwortung wird in diesem Bereich an das Schulamt übergeben.

Bei den Lehrerstellen in den VABO-Klassen liegt jedoch, wie bereits festgestellt wurde, ein Problem vor, da die Lehrer, insbesondere die sogenannten „Nicht-Erfüller“ (Lehrkräfte, welche die fachlichen und pädagogischen Voraussetzungen des Landes für die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit nicht erfüllen), befristete Arbeitsverträge bekommen. Dadurch gibt es an Schulen einen relativ hohen Lehrerwechsel, was nicht zufriedenstellend ist. Man ist hier bereits im Gespräch mit dem Schulamt. Jedoch sind die Einflussmöglichkeiten des Landkreises relativ gering.

Die Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter ist sehr eng. Verschiedene Netzwerke ermöglichen einen regelmäßigen Austausch. Die von diesen Behörden betreuten erwerbsfähigen hilfebedürftigen Personen erhalten Leistungen nach dem SGB II. Dabei handelt es sich nicht nur um Jugendliche, sondern um alle Personen, die älter als 15 Jahre sind.

Ob Steuergelder immer richtig eingesetzt werden, ist eine sehr gute Frage. Soweit die Bedarfe abgefragt werden, werden diese vom Amt für Migration und Integration auch klar kommuniziert.

Herr **Goßner**

Man ist sehr bemüht, die Sprachkurse mit ausreichend Teilnehmern zu füllen. Die Jugendlichen sind verpflichtet, an diesen Kursen teilzunehmen. Die Bildungs Koordinatorinnen und auch die Sozialarbeiter in den Einrichtungen legen Wert darauf, dass die Kurse von den Jugendlichen auch tatsächlich auf Dauer besucht werden.

Frau **Brumm**

Die regelmäßige Teilnahme an den Integrationskursen wird durch das BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) überprüft. Die Teilnahme an landkreiseigenen Sprachkursen wird ebenfalls regelmäßig überprüft.

Kreisrat **Hans-Peter Storz**

Den lobenden Worten des Vorredners wird sich angeschlossen. Man hat nun wirklich das Gefühl, dass sich das Thema Bildungsintegration in professionellen Händen befindet.

Es wurde erwähnt, dass viele Lehrkräfte nur befristet angestellt sind. Die Landesregierung gibt vor, dass diese befristeten Verträge nicht mehr weitergeführt werden sollen. Für viele bedeutet dies einen Arbeitsplatzverlust.

Wie geht es hinterher für die Schulen weiter? Muss von Seiten des Landkreises noch ein entsprechender Druck auf die Landesregierung ausgeübt werden, damit ausreichend Lehrerstellen bereitgestellt werden?

Im Vortrag wurde deutlich, dass vor allem die Erwartungen der Flüchtlinge nicht mit dem zusammenpassen, was an Ausbildungsmöglichkeiten angeboten wird. Aus eigener Erfahrung kann berichtet werden, dass sich die anfangs sehr hohen Erwartungen oft in bittere Enttäuschungen verwandeln, wenn man merkt, dass die Sprachkenntnisse und auch der Bildungsstand nicht ausreichen, um die gewünschte Ausbildung bestehen zu können. Die jungen Menschen benötigen daher nicht nur Sprachkurse, sondern auch Begleitung. Wie findet diese Begleitung statt?

Kreisrätin **Happle-Lung**

Steuergelder sind immer dann sinnvoll eingesetzt, wenn man „nah am Mensch“ ist und entsprechend reagiert, damit ein Zustand verbessert wird. Daran kann man es fest machen. Mit den vorgestellten Handlungsfeldern ist man gut aufgestellt.

Dennoch wird angemerkt, dass das Ganze sehr theoretisch wirkt. Es wirkt wie ein gut ausgearbeiteter Hochglanzkatalog. Aber es fehlt noch der Schritt zur konkreten Umsetzung. Welche Auswirkungen haben die Maßnahmen konkret für die Menschen?

Es wird davon ausgegangen, dass eine Evaluation stattfinden wird und der Ausschuss einen weiteren Zwischenbericht erhält. Hilfreich wäre es, wenn dabei konkre-

tisiert werden könnte, welche Auswirkungen die Maßnahmen bspw. für eine im Landkreis ankommende geflüchtete Familie haben.

Die Uni Konstanz ist in Bezug auf den Fachkräftemangel eine gute Schnittstelle, um die Verbesserung der Situation in der Wirtschaft auf den Weg zu bringen. Im Vortrag wurden psychosoziale Hemmnisse, die oft ein Auslöser für Studienabbrüche sind, angesprochen. Bietet die Uni dazu Hilfestellung an und wie wirksam ist diese Hilfe? Gibt es dazu bereits Erfahrungen?

#### **Vorsitzender**

Als nächster steht Kreisrat **Keck**, MdL, auf der Redeliste. Wäre es Ihnen möglich, zur ersten Frage in Bezug auf die Lehrerversorgung etwas zu sagen?

Kreisrat **Keck**, MdL

Zur Lehrerversorgung im Landkreis gab es bereits eine Anfrage an die Landesregierung. Die Antwort war jedoch unbefriedigend, weil vom Kultusministerium zum Thema Unterrichtsausfall nur Stichproben erhoben wurden. Darüber hinaus zeigte die Auswertung, dass die Lehrerversorgung, insbesondere auch in den VABO-Klassen, sehr unbefriedigend ist.

Die Aufforderung an die Landesregierung kommt daher völlig zu Recht, da es deutlichen Verbesserungsbedarf gibt. Die FDP-Fraktion ist an diesem Thema dran und hat ein Impulspapier zum Thema „Integration durch Bildung“ verfasst.

Integration gelingt nicht allein durch den Erwerb von Sprachkenntnissen und der Ausübung einer Beschäftigung. Integration beginnt bereits frühkindlich über die Schule und danach auch über die Arbeit und kann so dann auch gelingen. Dazu gibt es viele Angebote, über die sich die Bildungskordinatorinnen nun einen Überblick verschaffen.

Wie geht es mit diesem Thema nach der zweijährigen Förderphase weiter? Eine Evaluation sollte auf jeden Fall durchgeführt werden.

Wenn Integration, bspw. in Form von Teilnahme an Sprachkursen, verweigert wird, muss dies auch entsprechend sanktioniert werden.

Frau **Brumm**

Es trifft zu, dass die befristeten Lehrerstellen ein Problem sind. Dieses Problem ist jedoch nicht neu. Mit Sicherheit ist es sinnvoll, von Seiten des Landkreises einen gewissen Druck auf die Landesregierung auszuüben.

Einerseits sind die Erwartungen der Flüchtlinge sehr hoch, andererseits haben auch die Arbeitgeber hohe Erwartungen an die Flüchtlinge. Das Thema Berufswahlkompetenz ist sehr schwierig - betrifft jedoch nicht nur Ausländer, sondern auch deutsche Jugendliche. Für Menschen, die die deutsche Kultur jedoch nicht kennen, gestaltet sich die Wahl der richtigen Berufsausbildung natürlich schwieriger. Dabei unterstützen und begleiten Schulsozialarbeiter und Jugendberufshelfer. Im Pakt für Integration wurde jedoch bei den Fördermöglichkeiten nochmals aufgenommen, dass diese Arbeit gestärkt werden soll.

Man muss ganz klar sagen, dass die bisherigen Ausarbeitungen der Bildungskordinatorinnen noch relativ theoretisch sind, weil man sich auch noch am Anfang befindet. Es wird jedoch gehofft, dass dem Ausschuss beim nächsten Bericht mehr Praktisches an die Hand gegeben werden kann.

Frau **Evoyan**

Die psychotherapeutischen Beratungsstellen an der Uni haben unterschiedliche Schwerpunkte. Das Angebot richtet sich an Erwachsene ab 18 Jahren, die unter psychischen Beschwerden leiden. Schwerpunkte sind Angststörungen und Depressionen. Behandelt werden auch Essstörungen, chronische Schmerzen, Krankheitsangst, Anpassungsstörungen und posttraumatische Belastungsstörung. Es wird darauf hin-

gewirkt, dass die Mitarbeiter insbesondere auch für Menschen mit Fluchterfahrung sensibilisiert werden.

**Kreisrätin Happle-Lung**

Wenn die Hochschule diese Problematik bereits erkannt hat, reagiert diese auch entsprechend?

**Frau Evoyan**

Es ist bisher nicht bekannt, was die Hochschule konkret unternimmt. Das Problem wurde in Gesprächen auf jeden Fall identifiziert. Die Kommunikation mit der Hochschule in Bezug auf dieses Thema wird auf jeden Fall fortgeführt.

**Herr Goßner**

Es wird nochmals daran erinnert, dass man mit dieser Arbeit noch ganz am Anfang steht. Man ist heute aber gegenüber der Situation zum Zeitpunkt der Antragstellung von Kreisrat **Müller-Fehrenbach** bereits weiter gekommen und konnte erste Klarheit in die damals noch unklare und unüberschaubare Bildungslandschaft bringen. Auch für die Anbieter der Sprachkurse ist es gut zu wissen, dass es im Landkreis zwei Bildungskoordinatorinnen gibt, an die sie sich wenden können.

Die Aufgaben der Koordinatorinnen werden selbstverständlich evaluiert und weitere Berichte im Ausschuss werden folgen. Die Frage, was in zwei Jahren sein wird, kann man heute noch nicht beantworten.

**Vorsitzender**

Es wird gebeten, nicht nur bei Studenten ein Augenmerk auf mögliche Traumata zu haben, sondern auch bei den anderen geflüchteten Menschen.

**Kreisrätin Dr. Hofer**

Dem Vortrag wurde entnommen, dass mehrere Überschneidungspunkte zur Gesellschaft für ambulante Hilfe vorliegen, wie bspw. Lernförderung oder Begleitung. Wird dabei auf die Erfahrungen der Gesellschaft zurückgegriffen und besteht eine Zusammenarbeit oder wird das „Rad neu erfunden“?

**Frau Brumm**

Das Ziel liegt grundsätzlich nicht darin, das „Rad neu zu erfinden“, sondern bestehende Kontakte und Erfahrungen zu sammeln und zusammenzuarbeiten. Die Anregung, den Kontakt zur Gesellschaft für ambulante Hilfen zu suchen, wird gerne aufgenommen.

Es ist geplant, die bestehenden Systeme besser zu vernetzen und die Zusammenarbeit zu verbessern.

**Kreisrätin Sarikas**

Vielen Dank für die Vorlage. Es ist klar, dass man sich noch in der Anfangsphase befindet. Nur sieht die Ausbildungssituation der Flüchtlinge in der Realität oftmals anders aus. Viele können ganz gut deutsch sprechen, scheitern dann aber, sobald sie in die Schule kommen. Es wäre wichtig, dort entsprechende Hilfestellung, Begleitung und Unterstützung zu geben.

**Herr Dr. Eberwein**

Im Vortrag wurde ein beeindruckender und umfangreicher Katalog gezeigt. Es wäre wünschenswert, wenn vieles davon auch relativ schnell verwirklicht werden könnte.

Es wird auf die Bedeutung der Helferkreise hingewiesen, die u. a. auch die Kinderbetreuung und Freizeitgestaltung der Flüchtlinge übernehmen.

Die Bildungspolitik ist sicher eine wichtige Sache. Die Lebenswirklichkeit vor Ort in den Gemeinschaftsunterkünften bei den Familien ist jedoch mindestens genauso wichtig. Es wird für eine wechselseitige enge Zusammenarbeit der Bildungskoordina-

torinnen mit den Helferkreisen plädiert. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit diesen kann zum Erfolg der Maßnahmen beitragen.

Herr **Goßner**

Das ist eine wichtige Anregung. Es wird nur allgemein ergänzt, dass das Amt für Migration und Integration entsprechend organisiert wurde und aus mehreren Referaten besteht. Die Zusammenarbeit mit den Helferkreisen wurde dabei ebenfalls berücksichtigt.

Herr **Zedler**

Spielt das Bildungs- und Teilhabepaket bei den Bildungskordinatorinnen schon eine Rolle und kann dazu schon etwas gesagt werden?

Frau **Brumm**

Die Teilhabeleistungen werden bereits umgesetzt, sowohl über die Asylbewerberleistungen als auch über die Leistungen nach dem SGB II. Diese Leistungen sind sehr klar definiert. Flüchtlinge können auf diese Leistungen bei Bedarf zurückgreifen.

Herr **Zedler**

Werden die Angebote auch angenommen?

Frau **Brumm**

Grundsätzlich wird die Leistung in Anspruch genommen, jedoch können dazu auf die Schnelle keine konkreten Zahlen genannt werden.

**Vorsitzender**

Die Zukunft wird zeigen, inwieweit die Theorie in die Praxis umgesetzt werden kann. In der Realität erlebt man oft, dass die Geflüchteten mit einer großen Erwartungshaltung kommen und dann merken, dass nicht alles so einfach funktioniert, wie sich es sich vorgestellt haben. Viele stehen dann vor der Frage Bildung oder Arbeit. Dabei ist es wichtig, die Menschen zu ermutigen, an der Bildung dranzubleiben, was einen im Arbeitsalltag vor besondere Herausforderungen stellt. Dies muss der Zielgruppe deutlich gemacht werden.

Kreisrätin **Sarikas**

Wie sieht es mit dem Sportunterricht in den VAB-O Klassen aus? Laut Lokalpresse gibt es diesen nicht mehr.

Herr **Goßner**

Die Verwaltung macht sich dazu kundig und liefert eine Antwort nach.

**Nachdem keine weitere Wortmeldung erfolgt, nehmen die Mitglieder den Bericht zur Kenntnis.**

## 2. **Sozialleistungsbericht 2016**

Herr **Goßner** stellt den Sachverhalt kurz dar.

Kreisrat **Hoffmann**

Es wurde erwähnt, dass Leistungen zur Familienplanung erstmalig im Sozialleistungsbericht aufgenommen wurden. Im Haushaltsplan 2016 wurden 20.000 € eingestellt und für insgesamt 98 Frauen Kosten der empfängnisverhütenden Mittel übernommen. Reicht das Budget aus?

Bei der letzten Haushaltsplanberatung hat sich der Sozialleistungsbereich als erster Bereich den Kennzahlen mit ganz konkreten Zielen in der Sozialpolitik gewidmet. Das wurde in dem Wissen beschlossen, dass die Kennzahlenumsetzung entsprechende Auswirkungen auf den Kreishaushalt hat und zu höheren Personalausgaben führen könnte.

Für die Fortführung der Haushaltsberatung ist es wichtig, jetzt den nächsten Schritt zu machen. Wie geht es mit den Kennzahlen weiter? Der Kreistag hat den Sozialausschuss ausdrücklich dazu ermächtigt, weitere Schritte zu gehen. Gibt es dazu einen Terminplan, wie man mit dem Thema Kennzahlen weiter umgeht?

Herr **Goßner**

Das Budget für empfangnisverhütende Mittel wurde auf 20.000 € erhöht. Die Mittel werden nahezu vollumfänglich in Anspruch genommen. Ein Antrag der Träger auf weitere Erhöhung liegt momentan nicht vor, sodass davon ausgegangen wird, dass das bisherige Budget ausreicht.

An den Kennzahlen wird weiterhin gearbeitet. Ende 2016 wurde Herr **Best** als Sozialcontroller eingestellt, mit dem ein regelmäßiger Austausch stattfindet. Dabei wird überprüft, was im Rahmen der Kennzahlen gemacht werden kann.

Zu Beginn der Haushaltsplanberatungen wurde gesagt, dass Kennzahlen nur umgesetzt werden können, wenn auch die entsprechenden Ressourcen vorhanden sind. Entsprechende Personalstellen wurden für diesen Bereich bisher nicht zur Verfügung gestellt. Dennoch wird an den Kennzahlen weiter gearbeitet und eine Vorlage zur Umsetzung erstellt.

Man ist bereits dabei, weitere Kennzahlen zu erstellen, die der Amts- und Dezernatsleitung und auch der Politik zur besseren Steuerung dienen könnten. Die konkrete Umsetzung ist bisher jedoch noch nicht erfolgt.

Kreisrätin **Happle-Lung**

Wenn man die Sozialleistungsberichte der letzten Jahre betrachtet, stellt sich die Frage, ob sich in diesem Bereich wirklich etwas tut, denn meistens steigen die Bedarfe kontinuierlich an. Dies ist erschreckend.

Der einzige Bereich, in dem sich etwas geändert hat, ist die Schuldnerberatung. Dabei hat man aber auch aktiv gehandelt, Geld in die Hand genommen, Strukturen verbessert und mehr Schuldnerberatungsstellen geschaffen. In diesem Bereich ist offensichtlich ein Rückgang zu verzeichnen.

Es fehlt ein entsprechender Maßnahmenkatalog, denn so gut der Bericht auch ist – die Ergebnisse werden nur dann besser, wenn man sich dafür entscheidet, auch entsprechend zu reagieren. Wie muss der Landkreis reagieren, damit der nächste Sozialbericht nicht noch „elender“ ausfallen wird?

Die Altersarmut ist ein generelles Problem und betrifft die ganze Gesellschaft. Es wird zunehmend so sein, dass Betriebe und Konzerne von Geringverdienern profitieren und die Kosten, die später im Alter entstehen, über die Grundsicherung „sozialisiert“ werden.

Dieses gesellschaftliche Problem muss man politisch lösen. Solange es dazu keine Lösung gibt, wird sich auch nichts verändern. Da nützt auch der Mindestlohn nicht unbedingt viel. Wenn man mit offenen Augen durch die Gegend geht oder auch mal den ÖPNV nutzt, sieht man, dass es dem „Normalbürger“ nicht unbedingt besser geht.

Es ist erfreulich, wenn man im Landkreis auch die Möglichkeit hat, zu reagieren. Es wird darum gebeten, dies entsprechend anzugehen. Denn bin ich in der Politik aktiv, um auch Steuern zu können.

Im Bericht fiel auf, dass nur 217 Kinder die Leistungen für Teilhabe im Jahr 2016 in Anspruch genommen haben. Des Weiteren war die Tabelle sehr klein und sollte das nächste Mal größer und übersichtlicher dargestellt werden.

Die GRÜNEN-Fraktion würde es begrüßen, wenn jemand über das Thema „Bildung und Teilhabe“ und darüber, wie man diese Quote verbessern kann, berichten könnte. Es werden 890.000 € für 217 Kinder ausgegeben. Die Berichterstattung darüber soll-

te im Rahmen eines eigenen Tagesordnungspunktes im Sozialausschuss erfolgen.

Herr **Goßner**

Im Sozialhilfereich wird dort gesteuert, wo eine Steuerung möglich ist. Es gibt insbesondere in der Eingliederungshilfe steuerrelevante Möglichkeiten. Dort wurde auch ein sozialer Dienst eingerichtet. Auch im Bereich der sonstigen Sozialleistungen werden mögliche Steuerungen umgesetzt. Durch Ambulantisierung wird bspw. versucht, Kosten, die in einer stationären Einrichtung höher ausfallen würden, einzusparen.

Auch die Unterstützung von „armen“ Kindern im Rahmen von Bildung und Teilhabe ist eine präventive Maßnahme, um gerade diesen Kindern eine bessere Startchance ins Leben zu ermöglichen.

Wenn jemand jedoch von Beginn an nicht vermögend ist und Sozialleistungen benötigt, gibt es keine Möglichkeit zu steuern. Dann müssen in erster Linie Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes gezahlt werden. Danach wird versucht, Menschen in Arbeit zu vermitteln, um einen sogenannten „Aktiv-Passiv-Tausch“ vornehmen zu können.

Überall, wo es Steuerungsmöglichkeiten gibt, werden diese auch wahrgenommen. Im Sozialhilfereich ist dies jedoch nicht ganz einfach.

Über das Thema „Bildung und Teilhabe“ wird gerne gesondert berichtet. Es ist nicht klar, wie die Quote der Inanspruchnahme von diesen Leistungen verändert werden kann. Denn alle, die Anspruch auf diese Leistungen haben, werden sowohl vom Jobcenter als auch vom Sozialamt regelmäßig auf die mögliche Inanspruchnahme hingewiesen.

**Vorsitzender**

Es wird daran erinnert, dass das Bildungs- und Teilhabepaket ursprünglich eingerichtet wurde, weil im Regelleistungssatz von Hartz IV kein Anteil für Bildung enthalten war. Momentan werden dafür 890.000 € ausgegeben. Diese Zahl sollte analysiert werden, denn der Landkreis trägt die Verantwortung über die Steuerung. Wenn für die Teilhabe an Sportvereinen nur 3,5 % oder für die Lernförderung nur 5,1 %, für das Mittagessen jedoch 36 % der Leistungen ausgegeben werden, ist es wichtig, sich diesen Sachverhalt genauer anzuschauen.

Kreisrat **Hans-Peter Storz**

Der Bericht ist spannend, weil er vor Augen führt, wie viele Menschen im Landkreis in einer prekären Situation stecken.

Die Zahl zur Altersarmut erstaunt, insbesondere auch der Fakt, dass ein Drittel der Menschen in Altersheimen den Aufenthalt nicht selbst bezahlen können. Diese Zahl muss auch im Hinblick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen für Diskussionen sorgen.

Ab welchem Alter erhalten die Betroffenen Leistungen für empfängnisverhütende Mittel ausbezahlt? Oder hängt es davon ab, ob sie verheiratet sind?

Kreisrätin **Dr. Hofer**

Es wird generell darauf hingewiesen, dass der Landkreis sehr dankbar sein sollte für das große familiäre und ehrenamtliche Engagement, sodass 64,7 % der pflegebedürftigen Menschen ambulant betreut werden können. Das ist eine grandiose Sache.

Herr **Zedler**

Entspricht die Zahl von 1.300 Anträgen auch 1.300 Kindern bei den Leistungen von Bildung und Teilhabe auf Seite 13 des Sozialleistungsberichts?

Herr **Goßner**

Es handelt sich um 1.300 Anträge. Dabei können für ein Kind auch mehrere Anträge

gestellt werden.

Herr **Zedler**

Es wäre spannend zu wissen, um wie viele Kinder es sich dabei handelt.

In Bezug auf Punkt 10.4 „Anschlussunterbringung“ auf Seite 38 verwundert es, warum die Angebote der LIGA-Vertreter nicht aufgeführt werden. Geht es dabei um ein anderes Gesetz oder spielte dies einfach keine Rolle?

Herr **Goßner**

Dies hat nichts mit der Wertigkeit der Angebote zu tun. Der Sozialleistungsbericht ist sehr umfassend und wurde innerhalb kürzester Zeit von einer Person erstellt. Bei der Erstellung des Berichtes wurde vermutlich kein großer Wert darauf gelegt, wer die einzelnen Leistungen erbringt.

Den Antrag auf Leistungen für empfängnisverhütende Mittel stellen die Betroffenen über die entsprechenden Einrichtungen und Beratungsstellen. Wenn die Beratungsstellen feststellen, dass in der jeweiligen Familie Empfängnisverhütung angebracht ist, werden die Leistungen ausbezahlt. Genauere Daten zu den Antragstellern liegen nicht vor.

Herr **Dr. Eberwein**

Dem Sozialdezernat wird für den umfassenden Bericht gedankt.

Es ist sehr beeindruckend, was der Staat an Sozialleistungen bietet. Auf der anderen Seite ist es jedoch schlimm, wie viele alte Menschen auf Sozialhilfe angewiesen sind, wenn sie in einem Pflegeheim wohnen. Die Altersarmut ist ein Armutszeugnis für einen Staat, wie wir ihn haben.

Aus diesem Bericht ergeben sich zwangsläufig Handlungsanweisungen. Dabei wird primär an die Rente gedacht und somit an ein großes Problem, das in erster Linie politisch gelöst werden muss. Es wird gehofft, dass dieses Thema bei der Bundestagswahl eine große Rolle spielen wird.

Auf mehreren Seiten wird über die Hilfe zur Pflege (stationär und ambulant) berichtet. Über das ambulant betreute Wohnen konnte im Bericht jedoch nichts gefunden werden, was momentan sehr stark propagiert und nachgefragt wird. Unterm Strich handelt es sich dabei auch um eine sehr teure Geschichte.

Herr **Goßner**

Es kommt darauf an, ob damit die Pflegewohngemeinschaften oder die sonstigen Wohnformen, die jetzt möglich sind, gemeint sind. Auf Seite 19 wird ambulante Hilfe zur Pflege dokumentiert. Es kann nicht auf jede Wohnform im Einzelnen eingegangen werden.

Für die Verwaltung war es wichtig darzustellen, dass es viele Menschen in der stationären Pflege gibt und die Kosten dort auch entsprechend hoch sind. Zudem ist der Anteil von Menschen, die in der stationären Pflege auf Sozialleistungen angewiesen sind, sehr hoch. Mit einem weiteren Anstieg ist in den Folgejahren zu rechnen.

Positiv ist demgegenüber der hohe Anteil an Menschen, die ambulant zu Hause betreut werden können. Durch entsprechende Unterstützungsmaßnahmen und Projekte werden Möglichkeiten geschaffen, damit diese Menschen in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können. Ohne die ehrenamtliche Unterstützung der Familien und Nachbarn wäre dies nicht möglich.

Frau **Mende**

Im Landkreis Konstanz sind erste Pflegewohngemeinschaften am Entstehen. Die bisher entstandenen Wohngemeinschaften sind noch nicht sozialhilfefähig und daher auch noch nicht im Sozialleistungsbericht aufgeführt. Es handelt sich dabei bisher um eine Hilfeform für Selbstzahler.

### **Vorsitzender**

Dieses Thema wurde auch in der nicht öffentlichen Sitzung der Strukturkommission Eingliederungshilfe am heutigen Vormittag angesprochen. Dazu wird es in der kommenden Sitzung des Sozialausschusses noch einen entsprechenden Bericht geben.

**Nachdem keine weitere Wortmeldung erfolgt, nehmen die Mitglieder den Bericht zur Kenntnis.**

### **3. Arbeitswelt 4.0;**

#### **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Febr. 2017**

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt dar.

#### **Kreisrat Hoffmann**

Der Antrag ist mit Sicherheit richtig und wichtig. Die Antwort des Landrats hat jedoch überzeugt, sich eher den bereits laufenden Untersuchungen anzuschließen. Soziale Auswirkungen sind immer Folgewirkungen. Das Thema Arbeitswelt 4.0 ist zwar bei vielen Betrieben im Kopf, aber noch nicht wirklich angekommen.

Sowohl die Kammern als auch die Wirtschaftsförderung des Landratsamtes beschäftigen sich bereits mit diesem Thema. Die HTWG richtet den Blick vermutlich eher auf das Thema Unternehmensentwicklung.

Die CDU-Fraktion trägt ungern eine eigene Erhebung mit. Zuerst sollten die Erhebungen der anderen Akteure abgewartet werden. Danach kann geprüft werden, welche Punkte für den Sozialbereich relevant sind.

Bei der näheren Betrachtung sollte man sich auch die Frage stellen, ob neben der HTWG auch die Kompetenzen der Uni genutzt werden sollten. Dort gibt es Lehrstühle für Soziologen und für Sozialpolitik. Aufgrund der Vorstudien zu ersten Umfragen könnten diese den Fokus auf den Bereich der Sozialpolitik lenken. Ein Fokus wird dabei sein, was präventiv in der Sozialpolitik getan werden könnte.

#### **Herr Goßner**

Die Wirtschaftsförderung ist an diesem Thema ganz nah dran. Bei weiteren Fragen kann Herr **Sievers** von der Wirtschaftsförderung Auskunft erteilen.

#### **Kreisrat Volz**

Es ist richtig, auch die Uni mit einzubinden. Der Antrag ist ein wichtiger Hinweis, denn mit diesem Thema kommt eine große Veränderung auf uns zu. Momentan ist es jedoch noch zu früh, als Landkreis eine eigene Erhebung zu machen.

#### **Kreisrätin Happle-Lung**

Die Anregung von Kreisrat **Hoffmann**, auch die Uni einzubinden, wird als Erweiterung des Antrages aufgefasst und kann so auch mitgetragen werden.

„Zu früh“ ist der Antrag jedoch nach eigener Auffassung nicht. Man kann nicht früh genug damit beginnen, Probleme anzugehen. Als solches wird auch dieses Thema betrachtet. Es wäre gut, wenn alle Beteiligten dieses Thema in den Fokus bekommen würden. Die Problematik sollte auch aus wissenschaftlicher Sicht beleuchtet werden.

Es wäre toll, wenn der Landkreis die Chance ergreifen würde, die Lawine früh genug einzudämmen und entsprechend frühzeitig zu reagieren.

#### **Kreisrat Storz**

Es wird sich dagegen gewehrt, von einer „Lawine“ zu sprechen, denn die Arbeitswelt 4.0 bietet auch viele Chancen. Man kann bspw. sehr viel mehr von Home Office-Plätzen arbeiten. In größeren Städten wie Singen ist dieses Thema vermutlich schon

längst angekommen.

In der letzten Legislaturperiode der Landesregierung wurde das bildungspolitische Programm auf den Weg gebracht, dass jeder eine gewisse Bildungszeit in Anspruch nehmen kann, um sich fortzubilden. Es ist klar, dass Bildung die Zukunft sein wird.

Die technische Entwicklung wird Veränderungen nach sich ziehen, die bereits jetzt spürbar sind. Im Ausschuss arbeitet nahezu jeder mit einem Handy und einem Laptop. Man bekommt seinen Kopf gar nicht mehr von der Arbeit frei, was bspw. ein Problem der Arbeitswelt 4.0 ist. Man ist ständig beschäftigt und präsent bei der Arbeit. Das sind jedoch Themen, für die man als Landkreis keine Lösung und keine Programme finden wird, um dieser Problematik entgegenwirken zu können.

Daher sollte man vielmehr mit den Unis und den Gewerkschaften, die dieses Problem bereits auf ihre „Fahnen geschrieben“ haben, zusammenarbeiten, um zu beraten, wie sich Arbeitnehmer vor einer Überforderung und einer ständigen Verbindung zu ihrem Arbeitsplatz schützen können.

#### **Vorsitzender**

In der Vorlage ist aufgeführt, dass über dieses Thema bereits im Verwaltungs- und Finanzausschuss am 13. März 2017 beraten wurde. Zu welchem Zeitpunkt liegen dazu Ergebnisse vor, die dann dem Kreistag zur Kenntnis gegeben werden können?

#### **Herr Goßner**

Die Wirtschaftsförderung hat über dieses Thema am 13. März im Verwaltungs- und Finanzausschuss berichtet. Der **Landrat** hat ganz bewusst darauf hingewiesen, was in diesem Bereich schon „läuft“. Die Sozialverwaltung verschließt die Augen vor diesem Thema natürlich nicht. Von einer „Lawine“ kann man jedoch nicht sprechen.

Es stellt sich die Frage, welche Ängste in Bezug auf die Arbeitswelt 4.0 bestehen. Insbesondere besteht die Angst vor einem Abbau der „einfachen“ Arbeitsplätze von Menschen, die dann keine andere Arbeit mehr haben werden. Auf diese Auswirkungen muss sich die Sozialverwaltung einstellen.

Eine wichtige Aufgabe der Sozialverwaltung ist es zu verhindern, dass Menschen überhaupt auf das Sozialleistungssystem angewiesen sind. Wenn sie in dieses System „hineinfallen“, sollte ihnen so schnell wie möglich geholfen werden, wieder herauszukommen.

Das Thema Arbeitswelt 4.0 ist insbesondere bereits bei den Betroffenen angekommen, die sich in erster Linie damit beschäftigen, nämlich die Kammern und die Agentur für Arbeit. Man hat sich bereits im Vorfeld mit der Agentur für Arbeit in Verbindung gesetzt und sich die Publikation aushändigen lassen, die sich mit diesem Thema auseinandergesetzt hat. Die entsprechenden Szenarien, wie bspw. die angesprochenen Abbauten von Arbeitsplätzen, werden darin bereits durchgespielt.

Auf der anderen Seite werden auch die damit entstehenden Chancen gesehen. Teilweise entstehen dadurch an anderen Stellen viele neue, teilweise auch „einfache“, Arbeitsplätze.

Das Thema ist sehr vielschichtig und muss von der Sozialverwaltung natürlich entsprechend begleitet werden. Es ist jedoch nicht vordergründig die Aufgabe der Sozialverwaltung, Untersuchungen durchzuführen. Dies sollte an die entsprechenden Fachleute weitergegeben werden.

Über die bereits laufenden Untersuchungen im Landkreis wird berichtet.

**Nachdem keine weitere Wortmeldung erfolgt, nehmen die Mitglieder den Bericht zur Kenntnis.**

#### **4. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche**

##### **4.1. Zukunft der Pflegeausbildung im Landkreis Konstanz;**

###### **Antrag der CDU-Fraktion**

Kreisrat **Hoffmann**

Die CDU-Fraktion beantragt die Beratung und Aufbereitung des folgenden Themas in einer der nächsten Ausschusssitzungen: Die Pflegesituation kann momentan in allen Landkreisen bundesweit beklagt werden. Wesentlicher Punkt ist dabei die Ausbildung. Seit wenigen Tagen besteht Klarheit über den künftigen Verlauf der Ausbildung von Gesundheits-, Alten- und Krankpflegern. Dazu gab es auf Bundesebene eine Einigung, die auch für den Landkreis als Schulträger der Mettnau-Schule und im Zweifel auch für den GLKN (Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz) Konsequenzen hat.

Die Rahmenbedingungen werden sich in den nächsten zwei Jahren stark verändern. Neben der hauptberuflichen Ausbildung werden auch Angebote für Personen, die dies nur berufsbegleitend lernen möchten, benötigt.

Die Mettnau-Schule ist sehr innovativ und bietet auch sehr gute Angebote an. Das Thema „Zukunft der Pflegeausbildung im Landkreis Konstanz“ sollte im Sozialausschuss, ggf. gemeinsam mit dem Kultur- und Schulausschuss, beraten werden. Dazu sollten ein Vertreter der Mettnau-Schule und ein Vertreter der GLKN-Ausbildungsschule eingeladen werden. Dabei sollte über die zu erwartenden Konsequenzen aus den in Berlin gefundenen Kompromissen und wie man gedenkt, sich darauf einzustellen, berichtet werden. Daneben sollte man auch die Frage beantworten, welche anderen berufsbegleitenden Ausbildungsgänge angeboten werden sollten bzw. könnten.

Herr **Domgörgen** (Medienvertreter Südkurier) wird gebeten, die Werbetrommel für alle neuen Angebote an der Mettnauschule zu rühren.

##### **4.2. Nichtärztlicher psychosozialer Krisendienst;**

###### **Antrag der CDU-Fraktion**

Kreisrat **Hoffmann**

Kreisrat **Burchardt** wies in seinen Ausführungen zur Sozialpolitik im Rahmen der Beratung und Beschlussfassung zum Haushalt 2017 darauf hin, dass die CDU gedenkt, einen Antrag zu einer neuen Leistung zu stellen. Dabei handelt es sich um einen nichtärztlichen psychosozialen Krisendienst.

Diese Leistung wird in anderen Landkreisen bereits angeboten und betrifft psychisch kranke Menschen, die am Wochenende bei ihren Angehörigen wohnen. Bei vielen Familien löst dieser Zustand oftmals eine Krisensituation aus.

Die einzige Antwort darauf im Landkreis Konstanz besteht bisher beim das Zentrum für Psychiatrie Reichenau. Andere Landkreise haben dabei einen etwas vereinfachten Zugang zu Kriseninterventionsteams geschaffen.

Es wird gebeten, dieses Thema in einer der nächsten Sitzungen des Sozialausschusses zu behandeln.

###### **Vorsitzender**

Kommt dies noch als schriftlicher Antrag?

Kreisrat **Hoffmann**

Wenn die Behandlung dieses Themas mündlich zugesichert wird, erfolgt kein weiterer schriftlicher Antrag.

Herr **Goßner**

Der Antrag wurde somit notiert.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 15:30 Uhr.

**Der Vorsitzende:**

**Für den Ausschuss:**

\_\_\_\_\_  
Udo Engelhardt

\_\_\_\_\_  
Dr. Hubertus Both

\_\_\_\_\_  
Ines Happle-Lung

**Für das Protokoll:**

\_\_\_\_\_  
Vera Hoffmann